

**Information des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben  
zum Thema Sozialversicherung für Rentner und Pensionäre im BFD**

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch wenn die Anzahl von Rentner/innen und Pensionären im BFD nicht allzu groß ist, möchten wir Ihnen die nachstehende Information des Bundesamts, die an die Zentralstellen im BFD ergangen ist, nicht vorenthalten. Wie sich durch die Praxis herausgestellt hat, sind die Informationen des Bundesamts zur Pflegeversicherung wohlwollend formuliert unvollständig und daher in bestimmten Fällen missverständlich. Ich habe daher zur Vermeidung von Missverständnissen bei dem Thema Pflegeversicherung eine kleine Anmerkung in die Information des Bundesamts eingearbeitet.

*„Teilnehmerinnen und Teilnehmer am BFD sind während ihrer freiwilligen Dienstzeit grundsätzlich Mitglied in der gesetzlichen Renten-, Unfall-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung.“*

**Arbeitslosenversicherung**

*Beiträge der Arbeitslosenversicherung müssen grundsätzlich für alle Freiwilligen abgeführt werden, die das maßgebende Lebensalter für eine Regelaltersrente noch nicht vollendet haben. Bei Freiwilligen, die das Lebensalter für eine Regelaltersrente bereits vollendet haben, hat die Einsatzstelle ihren „Arbeitgeberanteil“ abzuführen.*

**Krankenversicherung**

*Freiwillige im BFD und im FSJ/FÖJ werden für die Dauer des Freiwilligendienstes grundsätzlich als Mitglied in der gesetzlichen Krankenkasse pflichtversichert.*

*Die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erfasst grundsätzlich auch Personen, die vor Antritt des Bundesfreiwilligendienstes privat versichert waren. Die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung tritt allerdings nicht ein für Personen, die versicherungsfrei sind.*

*Versicherungsfrei sind beispielsweise Beamte, Richter, Soldaten auf Zeit und Pensionäre, die Anspruch auf Beihilfe im Krankheitsfall nach beamtenrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen haben (§ 6 Abs. 1 Nr. 2 und 6 SGB V). Diese Versicherungsfreiheit erstreckt sich aber nicht auf die bei der Beihilfe berücksichtigungsfähigen Angehörigen, weshalb z.B. Kinder von Beamten für die Dauer des Freiwilligendienstes grundsätzlich versicherungspflichtig in der GKV sind.*

*Ebenfalls versicherungsfrei sind Personen nach Vollendung des 55. Lebensjahres, wenn sie innerhalb der letzten fünf Jahre nicht gesetzlich versichert waren und mindestens die Hälfte dieser Zeit versicherungsfrei, von der Versicherungspflicht befreit oder hauptberuflich selbstständig erwerbstätig waren (§ 6 Abs. 3a SGB V).*

*Der Bezug einer Altersrente bewirkt keine Krankenversicherungsfreiheit. Ein gesetzlich versicherter Altersrentner, der einen BFD leistet, unterliegt daher der Versicherungspflicht nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 SGB V.*

**Pflegeversicherung**

*Die Freiwilligen werden grundsätzlich in der sozialen Pflegeversicherung pflichtversichert (§ 20 Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 SGB XI).*

*Der Bezug einer Altersrente bewirkt keine Pflegeversicherungsfreiheit. Ein gesetzlich versicherter Altersrentner, der einen BFD leistet, unterliegt daher der Versicherungspflicht nach § 20 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SGB XI. (Anmerkung: Dieser*

Hinweis gilt nur für Bezieher/innen einer Altersrente. Beamte, Richter, Soldaten auf Zeit, Berufssoldaten und sonstige Personen, die nach beamtenrechtlichen Grundsätzen Anspruch auf Fortzahlung der Bezüge, Beihilfe und Heilfürsorge haben, sind grundsätzlich versicherungsfrei in allen Zweigen der Sozialversicherung.

Auch im BFD beschäftigte Pensionäre sind daher versicherungsfrei in der Kranken- und damit auch in der Pflegeversicherung.).

### **Rentenversicherung**

*Die Freiwilligen werden grundsätzlich in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert (§ 5 Abs. 2 Satz 3 SGB VI). Dies gilt gleichermaßen für „junge“ Freiwillige, für Seniorinnen und Senioren, die noch keine Altersrente beziehen wie für Altersteilrentenbezieher (Altersrente in Höhe von einem Drittel, der Hälfte oder zwei Dritteln der Vollrente) und Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner.*

*Nur der Arbeitgeberanteil der Rentenversicherungsbeiträge muss abgeführt werden, wenn die Freiwilligen eine Altersvollrente – unabhängig ob vor oder nach Erreichen der Regelaltersgrenze – beziehen.*

### Zuverdienstgrenzen bei Frührentnern und bei Erwerbsminderung

*Bei Bezug einer Altersrente vor Erreichen der Regelaltersgrenze sind bestimmte Hinzuverdienstgrenzen zu beachten. Wer eine Rente vor Erreichen der Regelaltersgrenze als Vollrente in Anspruch nehmen möchte, darf nur einen Hinzuverdienst erzielen, der einen Betrag in Höhe von 400 Euro monatlich nicht übersteigt. Wird die Hinzuverdienstgrenze überschritten, führt dies nicht automatisch zum Wegfall der Rente, sondern gegebenenfalls zur Zahlung einer niedrigeren Teilrente wegen Alters, die einen höheren Hinzuverdienst erlaubt.*

*Als Hinzuverdienst gelten unter anderem alle Einnahmen aus einer Beschäftigung, unabhängig davon, in welcher Form sie geleistet werden. Somit sind das aus dem Bundesfreiwilligendienst erzielte Taschengeld sowie unentgeltliche Unterkunft, Verpflegung und Arbeitskleidung mit dem jeweiligem Sachbezugswert der Sozialversicherungsentgeltverordnung als Hinzuverdienst zu berücksichtigen. Die Ableistung eines Freiwilligendienstes kann daher bei Überschreiten der Hinzuverdienstgrenzen zur Kürzung bis hin zum Wegfall des Rentenanspruchs führen.*

*Bei Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit gelten nochmals differenziertere Regelungen. Zur Klärung sollten sich daher interessierte Freiwillige mit ihrem Rentenversicherungsträger in Verbindung setzen. Nach Angaben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales wird bei Aufnahme einer Beschäftigung durch den Rentenversicherungsträger stets geprüft, ob eine Erwerbsminderung noch vorliegt und damit ein Rentenanspruch weiterhin besteht.*

### **Unfallversicherung**

*Alle Freiwilligen, d.h. im BFD auch Altersrentnerinnen und -rentner, sind gesetzlich unfallversichert.*

### **Höhe des Zuschusses für das Taschengeld und Sozialversicherung**

*Wie die Ausführungen zeigen, kann man nicht davon ausgehen, dass für den angesprochenen Personenkreis keine Sozialversicherungsabgaben anfallen. Dies ist in jedem Einzelfall zu prüfen. Selbst wenn keine Sozialversicherungsabgaben anfallen würden, kann der Zuschuss für das Taschengeld den Höchstbetrag von 350 Euro nicht übersteigen.“*

Soweit die Informationen des Bundesamts zu diesem speziellen Thema, die doch vielleicht in dem einen oder anderen Fall dieser Art für Sie hoffentlich hilfreich sein kann.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Heino Wolf  
Paritätischer Wohlfahrtsverband  
Bundesfreiwilligendienst